

# Gemeinderat stimmt Bebauungsplan zu

## Mehrheit stimmt für den Entwurf Langenbrücken-West / Bedenken sollen berücksichtigt werden

Von Petra Steinmann-Plücker

**Bad Schönborn.** 21 Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange sowie 18 aus der Öffentlichkeit gingen zum Vorentwurf des neuen Entwicklungsgebietes Langenbrücken-West ein. Welche Auswirkungen sich für den ersten Bauabschnitt im südlichen Bereich daraus ergeben, darüber informierte der Architekt Michael Schröder in der jüngsten Gemeinderatsitzung.

# 21

### Stellungnahmen

von Behörden sowie 18 aus der Öffentlichkeit sind zu dem Entwurf eingegangen. Derzeit prüft auch ein Lärmgutachter die Pläne.

Es habe viele Anregungen, aber auch Bedenken gegeben, „die im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden“, so der Geschäftsführer des Stuttgarter Planungsbüros Studio Stadtlandschaften. So wurde beispielsweise sowohl von der Öffentlichkeit als auch vom Landratsamt die Anbindung des Gebietes an die K3575 durch einen Kreisverkehr anstelle der zunächst vorgesehenen Ampelanlage als leistungsfähiger erachtet.

Mehrere Bürgerinnen und Bürger wiesen auf die bestehende, belastende Verkehrssituation durch die Betriebe auf dem Renz-Areal hin. Hier seien mehrere Varianten für die Zu- und Abfahrt zu diesem Gewerbepark mit direkter An-

bindung an die K3575 möglich, führte der Architekt aus. Weiterhin erfolge derzeit die Abstimmung mit einem Lärmgutachter, um der Forderung des Landratsamtes nach Lärmschutzmaßnahmen und Schallschutzgutachten nachzukommen, da im Plan Gewerbe- und Wohnge-

biet sehr nah beieinanderliegen. Sowohl das Regierungspräsidium als auch das Landratsamt sowie der Regionalverband hatten darauf hingewiesen, dass im Regionalplan Vorrangflächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz am Kraichbach ausgewiesen seien.



Links im Bild das Entwicklungsgebiet Langenbrücken-West. Die Anbindung an die K3575 soll mittels eines Kreisverkehrs erfolgen.  
Foto: Petra Steinmann-Plücker

Um den möglichen Zielkonflikt zu vermeiden, aber auch um die Zeitplanung für den Bebauungsplan nicht zu gefährden, schlugen Planer und Verwaltung vor, die betroffenen Flächen aus dem Geltungsbereich des ersten Bauabschnitts Süd herauszunehmen und später separat zu planen. Dadurch reduziere sich der Geltungsbereich „vorerst“ von ursprünglich geplanten 13,9 Hektar auf 10,3 Hektar, ist der Sitzungsvorlage zu entnehmen.

Um den Flächenverlust durch die Gewässermaßnahme für die Entwicklung von Langenbrücken-West so klein wie möglich zu halten, sei mit den Wasserbehörden „vereinbart, eine detailliertere Fachplanung als die bisherige Machbarkeitsstudie des RP, durch die Gemeinde voranzutreiben und mit den Behörden abzustimmen“, heißt es weiter. Gemeinsam sollen Ziele wie Renaturierung des Kraichbachs, neue Dammanlage oder angepasste Höhen des Plangebietes festgelegt werden, so der Architekt.

Mehrheitlich mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltung akzeptierte der Gemeinderat die Vorschläge des Stadtplanungsbüros hinsichtlich der eingegangenen Stellungnahmen und befürwortete die Vorbereitung des angepassten Konzeptes zur Offenlage im zweiten Halbjahr.

Auf Anregung von Daniel Molk (CDU) wurden auch die Untersuchung, Bewertung und Kostenschätzung der Verkehrsanbindung des Renz-Areals in den Beschlussvorschlag aufgenommen. Auch hier blieb es bei drei Gegenstimmen, die Ratsmehrheit stimmte zu.